



EDITORIAL



Foto: Iris Spranger

Liebe Leserinnen und Leser!

Bereits zum dritten Mal begeht Berlin den Internationalen Frauentag als gesetzlichen Feiertag! Noch immer bin ich stolz darauf, welche Unterstützung meine Idee in Berlin und bundesweit gefunden hat.

Uns leitet die Überzeugung, diesen Tag künftig zu nutzen, um auf der Straße laut und sichtbar für die vollständige Gleichberechtigung und die Belange der Frauen einzutreten. Das bewiesen die vielen großen und kleinen Demonstrationen, die kreativen Aktionen und die großartigen Veranstaltungen im ganzen Stadtgebiet von Berlin in den beiden vergangenen Jahren.

In diesem Jahr werden wir einen anderen Frauentag erleben. Wir werden aus Solidarität mit den Fach- und Pflegekräften in Medizin und Pflege keine Veranstaltungen oder gar Demos durchführen. Das sehen wir als gelebte Solidarität mit den vielen Frauen im Gesundheitsbereich, die seit Monaten im Krisenmodus den Infizierten helfen.

Wir wollen zusammenstehen, solidarisch und mit neuen Ideen. Nutzen wir die Zeit, um uns auf neuen Wegen für die Gleichberechtigung und Chancengleichheit einzusetzen. Die Ausgabe dieses Stadtblattes bietet dazu viele Perspektiven.

Iris Spranger, MdB
Kreisvorsitzende
SPD Marzahn-Hellersdorf



Franziska Giffey ist die SPD-Spitzenkandidatin für die Abgeordnetenhauswahl 2021

Foto: Privat

Berlin ist eine Herzenssache

Franziska Giffey und Raed Saleh lieben ihre Stadt und wollen sie noch besser machen

Vorbilder, Meilensteine, Herzenssache – genau darüber spricht die SPD-Landesvorsitzende Franziska Giffey im Interview mit dem Berliner Stadtblatt anlässlich des Internationalen Frauentags.

Vorbilder, das sind Frauen in Vorstandsetagen großer deutscher Unternehmen. Meilenstein, das ist ein Gesetz, welches die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft regelt. Und eine Herzenssache? Das ist Berlin, denn die Hauptstadt „gehört zu den attraktivsten Städten Europas und der ganzen Welt“, sagt SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey.

Herzenssache Berlin – das ist auch der Titel des Landeswahlprogramms der Berliner SPD: „Wir wollen an bisherige Erfolge anknüpfen und die Stadt als lebenswerte Metropole weiterentwickeln.“

Nach dieser Devise bilden „fünf B's“ das Herzstück des Programms: **Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit.** Welche Stadt stellt sich Franziska Giffey konkret vor, was sie außerdem zu den Öffnungen der Schulen und Kitas sagt und wie genau der anfangs erwähnte Meilenstein die Gesellschaft verändern kann, lesen Sie im Interview.

Raed Saleh, Co-Vorsitzender der Berliner SPD, möchte in der Corona-Krise nicht sparen, sondern investieren. Dabei geht es ihm „um die Zukunft all der wunderbaren Menschen in unserer Stadt“, sagt er. Und damit meint er die Beschäftigten in der Gastronomie und im Tourismus, die Angestellten im Einzelhandel, Unternehmerinnen und Unternehmer, Menschen in der Kultur, Berlinerinnen und Berliner, „die unsere weltweit bewunderten

Clubs betreiben. Ihnen allen müssen wir Perspektiven bieten“, erklärt der SPD-Landesvorsitzende. Vor allem müsse man sich da um die Familien kümmern: Die Pandemie dürfe nicht die Startchancen für viele Kinder verschlechtern.

Eines ist ihm in diesem Zusammenhang besonders wichtig: Soziale und innere Sicherheit gehören zusammen. „Dazu gehört, dass die Berlinerinnen und Berliner keine Angst haben müssen, aus ihren Kiezen vertrieben zu werden“, erklärt er. Keiner solle sich ständig vor Arbeitslosigkeit oder immer höheren Lebenskosten fürchten müssen. Deshalb setzt sich die SPD Berlin für eine starke Berliner Wirtschaft ein und dafür, dass die Bildung weiterhin kostenfrei bleibt. Sicherheit fange aber auch im Kopf an: „Die meisten Menschen sind auf einen starken Staat angewiesen.“

Das heißt für ihn unter anderem mehr Streifen in den U-Bahnhöfen und mehr Kontaktbereichsbeamte. Wie er und Franziska Giffey Berlin nach Corona wirtschaftlich wieder an die Spitze Deutschlands bringen wollen und wie er im Wahlkampf eine Balance zwischen Außen- und Innenstadtbereichen herstellen will, verdeutlicht auch er im Interview.

Franziska Giffey und Raed Saleh versprochen nach dem ersten digitalen Parteitag der Berliner SPD im vergangenen Jahr, dass sie als Führungsduo vor allem eins sein wollen: nahbar. Diesem Vorsatz folgend ist die SPD-Spitzenkandidatin auf großer „#HerzenssacheBerlin Tour“, um mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch zu kommen.

Die Interviews lesen Sie auf den Seiten 3 und 5

Zu oft vergessen!

Behinderte Frauen stehen vor besonderen Problemen

Wir alle sind durch die Corona-Pandemie in vielfältigster Weise betroffen. Aber eine Gruppe, auf die kaum aufmerksam gemacht wird, sind die behinderten Frauen.

Sie haben es schwer in der eigenen Häuslichkeit, aber auch im betreuten Wohnen oder Pflegeheimen. Ihnen wird gesellschaftspolitisch zu wenig Aufmerksamkeit für ihre besonderen Belange geschenkt. Die Gleichstellung von behinderten Frauen sollte uns ein politischer Auftrag sein.

Im Grundgesetz steht: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden!“

Die Politik und die Gesellschaft stehen in der Verantwortung, diesen

Frauen die gleichen Chancen zu ermöglichen wie Frauen ohne Behinderung.

Die Zahl der Übergriffe auf behinderte Frauen ist zum Beispiel doppelt so hoch wie bei Frauen ohne Behinderung. Ein sicheres Leben sollte zum Alltag jedes Einzelnen gehören.

Die Bundesregierung muss sich mit dieser Thematik befassen. Die Berücksichtigung der besonderen Belange behinderter Frauen und Mädchen und die Förderung der Gleichstellung behinderter Frauen und Mädchen muss uns daher ein besonderes Anliegen sein.

Liane Ollech

Stellt eine Rose ins Fenster

Kann Frau am Frauentag feiern und sich am Leben als Frau erfreuen?



Foto: Marcus Cramer

Nein leider nicht. Sie ist als Frau nicht gleichberechtigt, immer noch nicht.

Krisen bringen hervor, was auf unsicheren Füßen steht. Und Corona ist vor allem für Frauen eine Krise: Für die, die ihren Job verlieren, für die, die nun Homeoffice und Homeschooling meistern müssen und für jene, die Opfer von häuslicher Gewalt werden.

Frau beißt sich durch, wie immer eigentlich – hält irgendwie durch und wird nach der Krise neue Akzente setzen. Setzen müssen! Sie wird hoffentlich noch stärker dafür kämpfen, endlich gleichberechtigt zu sein. Und darauf hinweisen,

dass sie von Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung und Schlechterstellung im Beruf nach wie vor schwerer betroffen ist.

Feiertag also für all jene, die dafür einstehen, weiter zu kämpfen, nicht locker zu lassen und für die Emanzipation aller Frauen in der Gesellschaft einstehen, auch für all jene Frauen, die keine Kraft mehr haben – solidarisch und mit klaren Forderungen.

Stellt eine Rose ins Fenster an einem Feiertag und setzt ein Zeichen, dass noch viel Arbeit vor uns liegt!

Jeannette Shiferaw

ERINNERUNGEN

Wenn wir heute den 8. März als Feiertag begehen, dann kann das auch ein Anlass sein zurückzudenken.

Wie haben wir diesen jahrzehntelang begangenen? Ein freier Tag war es nicht, aber es war ein besonderer Tag im Team, oder richtig: im Kollektiv. Lange wurde dieser Tag von den männlichen Kollegen vorbereitet, wurden Überraschungen, Auszeichnungen und besondere Prämien ausgehandelt. Und es war selbstverständlich, dass dieser Tag ab dem frühen Nachmittag Anlass für reich gedeckte Tische war. Die Blumen waren dabei meist das schwierigste Unterfangen zu dieser Jahreszeit.

Ich empfand diesen Tag immer als willkommenen Dankeschön-Tag für die Leistungen der Kolleginnen. Ab 1990 führten wir ihn dann nur noch im kleinen Kreis weiter. Doch jetzt haben wir den Internationalen Tag der Frauen in Berlin als einen Feiertag und „Kampf-Tag“ wieder. So können wir noch besser Danke sagen. Und uns als Sozialdemokrat*innen für die Verwirklichung von Chancengleichheit, Gerechtigkeit und die konsequente Unterstützung von Mädchen und Frauen einsetzen. Vor allem dafür ist der 8. März seit Jahrzehnten da.

Günther Krug

Höchste Zeit für Anerkennung

Die wirtschaftlichen Folgen von Corona treffen Frauen besonders

Die wichtigen Eindämmungsmaßnahmen der Covid-19-Pandemie haben erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen. Das war allen politisch Verantwortlichen klar und der Schritt ist niemandem von ihnen leichtgefallen. Solche Entscheidungen von immensem Ausmaß in kurzer Zeit treffen zu müssen ist herausfordernd. Nach gut einem Jahr ist klar, dass diese Auswirkungen Frauen besonders betreffen.

Viele von Schließungen betroffene Unternehmen sind Klein- und Kleinstunternehmen. Der Frauenanteil der dort Tätigen ist besonders hoch, beispielsweise im Friseurhandwerk. Die im Frühjahr 2020 von der Investitionsbank Berlin schnell ausgezahlten Soforthilfen waren sehr gut umgesetzt und kamen direkt in den Unternehmen an. Die Auszahlung der Bundeshilfen verläuft zeitlich leider schleppend. Diese Zeit haben die Unternehmen jedoch nicht. Rechnungen müssen beglichen, Kredite abbezahlt werden.

„FRAUENBERUFE“
SIND SYSTEMRELEVANT!

In den systemrelevanten Berufen des Einzelhandels, der Pflege, Reinigung, Sozialversicherung, Lehre und Erziehung arbeiten überproportional viele Frauen. Dass ihnen insgesamt zu wenig gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung



Demonstration am Alexanderplatz zum 8. März 2019

Foto: Iris Spranger

zuteilwird, ist seit langem bekannt. Derzeit kommen für sie erschwerend physische und psychische Belastungen hinzu. Sie arbeiten im direkten Kontakt mit Menschen und sind der Ansteckungsgefahr in besonderem Maße ausgeliefert. Ihnen gilt die gesellschaftliche Solidarität, welche durch Beachtung der geltenden Verordnungen ihren Ausdruck findet. Besonders wichtig wird es aber sein, spätestens nach der überstandenen Pandemielage die Arbeitsbedingungen dieser Berufsgruppen grundlegend zu reformieren – mit allen wirtschaftspolitischen Konsequenzen.

MÜTTER TRAGEN
DIE GRÖßTE LAST

Mehrfachbelastungen betreffen derzeit auch besonders Mütter, die den Balanceakt von eigener Arbeit im Homeoffice und Beschulung und Betreuung der Kinder von zu Hause aus organisieren müssen. Ein täglicher Kraftakt, der noch immer orangig von Frauen bewältigt werden muss. Es wird niemanden verwundern, wenn daher auch in dieser Zeit insbesondere Männer bei Beförderungen zum Zuge kommen werden.

Es ist also höchste Zeit insbesondere die Bedürfnisse der Frauen als Richtschnur wirtschaftspolitischer Entscheidungen zu nehmen.

Iris Spranger, MdB

IMPRESSUM

BERLINER STADTBLATT

Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken

LANDESSEITEN
(Seiten 1 oben, 3, 4, 5, 6, 7)

Herausgeber:
SPD Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführerin Anett Seltz (V.i.S.d.P.)
Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Tel. 030-4692222
https://spd.berlin

Redaktion der Landesseiten:
Sebastian Thomas (Leitung), Ulrich Horb,
Ulrich Rosenbaum, Ulrich Schulte-Döinghaus

Bezirksseiten MARZAHN-HELLERSDORF
(S. 1 links/unten, 2, 8)

Herausgeber:
SPD Marzahn-Hellersdorf
Kreisvorsitzende Iris Spranger (V.i.S.d.P.)
Blumberger Damm 158, 12679 Berlin

Kontakt:
kreis.marzahn-hellersdorf@SPD.de
https://spd-marzahn-hellersdorf.de/
https://twitter.com/spdmahe
https://www.facebook.com/SPD.MaHe/

Redaktion:
Günther Krug, Jonathan Dümchen

Grafik: SPD Berlin/Hans Kegel
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Rätselestellung: Ulrich Schulte-Döinghaus

Politik für Frauen – auch lokal!

Was die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2020 erreicht hat

Für die SPD-Fraktion Marzahn-Hellersdorf ist und bleiben die Gleichstellung und der Schutz aller Menschen, egal welches Geschlechts, welcher Herkunft oder sexuellen Orientierung eine oberste Priorität.

Wir befinden uns seit Anfang letzten Jahres mit der Corona-Pandemie in einem Ausnahmezustand, der deutlicher denn je bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern sichtbar werden lässt. Frauen sind, häufig allein, für die Erziehung der Kinder, den Unterricht von Zuhause und den Haushalt zuständig. Die eigene Karriere

wird meist innerhalb der Familie als sekundär betrachtet.

ANSTIEG HÄUSLICHER GEWALT

In Berlin haben die Gewalttaten zu Hause deutlich zugenommen. Zum Höhepunkt der Lockerungen im Juni 2020 habe die Berliner Gewaltschutzambulanz zum Beispiel einen Anstieg von 30 Prozent der Fälle im Vergleich zum Juni 2019 verzeichnet. Um den Frauen möglichst schnell einen sicheren Zufluchtsort zu garantieren, hat sich die SPD-Fraktion beispielsweise erfolgreich für die Gründung einer zweiten Zufluchtswohnung für

von häuslicher Gewalt betroffene Frauen unter der Leitung von Matilde e.V. eingesetzt. Diese bietet bereits seit April 2020 einigen Frauen einen sicheren Zufluchtsort.

Die Schaffung dieser Wohnung entlastet das Bezirksamt jedoch nicht in der Aufgabe ein Grundstück für ein Frauenhaus in Marzahn-Hellersdorf zu schaffen. Bis zum heutigen Tag verfügt Marzahn-Hellersdorf über keine Einrichtung dieser Art. Die SPD-Fraktion wird bei diesem Thema nicht nachgeben und das Bezirksamt auch weiterhin zu dem Vorgang befragen und sich öffentlichkeitswirksam für den Schutz von Frauen einsetzen.

Zudem fordern wir überfraktionell die Einrichtung einer Fachberatungs- und Interventionsstelle für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen in Marzahn-Hellersdorf. Aktuell ist die nächste Beratungsstelle für Frauen in Krisensituationen in Berlin zwischen 50 bis 60 Minuten in öffentlichen Verkehrsmitteln von unserem Bezirk entfernt. Dies entspricht zum einem nicht unserem Anspruch an ein flächendeckend niedrigschwelliges Beratungs- und Präventionsnetzwerk für Frauen, zum anderem aber auch nicht unserem Bild eines inklusiven Bezirks.

Luise Lehmann

Ein wichtiges Stück Anerkennung

Grundrente kommt Frauen des Ostens zugute

Im aktuellen und den kommenden Jahren wechselt eine Generation vom Erwerbsleben in die Altersrente, welche eine Hälfte ihres Berufslebens in der DDR, die andere im wiedervereinigten Deutschland verbracht hat.

Menschen dieser Generation mussten sich nur allzu häufig in der Mitte ihres Berufslebens beruflich völlig neu orientieren – sei es, weil der erworbene Abschluss auf einmal nicht mehr anerkannt wurde oder weil der Betrieb, in welchem man spezialisiert gearbeitet hatte „abgewickelt“ wurde.

Umschulungen, Weiterbildungen, der Gang in die Selbstständigkeit – die nunmehr „ostdeutsch“

Genannten waren mehrheitlich dabei, ihr Leben umzugestalten und taten dies mit einer Flexibilität, die als Gemeinschaftsleistung bisher viel zu wenig gewürdigt wurde. Dass bei einem solchen „Karriereweg“ selbstverständlich auch Zeiten auftreten, in denen anteilig weniger in die Sozialkassen eingezahlt werden kann, ist nachvollziehbar. Die Konsequenz sind entsprechend niedrigere Renten.

Die seit etlichen Jahren von der SPD eingeforderte und seit Anfang 2021 in Kraft getretene Grundrente kommt nun aber genau denjenigen zugute, die lange gearbeitet haben, dabei aber unterdurchschnittliche Löhne bzw. Gehälter bezogen. Von



Die Grundrente kommt insbesondere ostdeutschen Rentnerinnen zugute

Foto: Simone M. Neumann

diesen Voraussetzungen sind Frauen, die leider noch immer im gleichen Beruf weniger verdienen als ein Mann, und in den neuen Bundesländern leben, doppelt betroffen. Ihnen wird die Grundrente am häufigsten zuteil. Und zwar zu Recht!

Nicole Bienge

Derzeit warnt die Deutsche Rentenversicherung vor Trickbetrug! Die Grundrente ist ein Zuschlag zur Rente, der automatisch berechnet und ausgezahlt wird. Sollten Sie einen „Fragebogen zur Grundrente“ postalisch erhalten, ist dieser eine Fälschung. Bitte geben Sie Ihre Daten nicht in diese falschen Hände!

„Den Menschen zuhören und sie ernstnehmen“

Ein Gespräch mit Franziska Giffey über Meilensteine, Vorbilder und eine Herzenssache

Berliner Stadtblatt: „Herzenssache Berlin“ ist der Titel des Landeswahlprogramms der Berliner SPD. Was macht die Hauptstadt in deinen Augen besonders?

Franziska Giffey: Berlin gehört mit all seinen verschiedenen Facetten zu den attraktivsten Städten Europas und der ganzen Welt. Mit „Herzenssache Berlin“ wollen wir an die bisherigen Erfolge anknüpfen und Berlin als lebenswerte Metropole mit Herz und Verstand weiterentwickeln. Das drückt sich in unserem Wahlprogramm aus: Getreu dem Titel bilden die fünf Bs – Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit – das Herzstück des Programms. Dabei wollen wir eine Stadt, die vor allem sicher und sozial ist. Ein Berlin, das innovativ, zukunftsfähig und ökologisch ist. Wir wollen außerdem eine Stadt in der Vielfalt und Freiheit gelebt wird, eine Metropole der großen Chancen – frei nach dem Motto: Jedes Kind soll es schaffen, seinen Weg zu gehen.

Nicht nur das Wahlprogramm der SPD Berlin trägt diesen Namen, sondern auch deine Tour, die Mitte März beginnt.

Ja, auf der „Herzenssache Berlin Tour“ möchte ich mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch kommen. Durch die besonderen Treffen folge ich meiner Devise, nach der ich Politik mache: Hingehen, zuhören, anpacken. Wenn wir



Franziska Giffey, Spitzenkandidatin der Berliner SPD für die kommende Abgeordnetenhauswahl, tourt durch die Bezirke, um mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch zu kommen.

Foto: Nils Hasenau

„
Meine Devise,
nach der ich
Politik mache:
Hingehen,
zuhören,
anpacken.“

“
Franziska Giffey

Diese Ausgabe des Berliner Stadtblatts beschäftigt sich mit dem Internationalen Frauentag und somit auch mit Gleichstellung in jedem Lebensbereich. So ein Bereich ist beispielsweise die Arbeitswelt, und gerade an den Spitzen deutscher Top-Unternehmen sind Frauen bisher Mangelware. Doch Anfang dieses Jahres gab es doch dazu eine gute Nachricht?

Ja, gemeinsam mit Bundesjustizministerin Christine Lambrecht habe ich ein Gesetz erarbeitet, das die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst regelt. Und was soll ich sagen: Es ist ein Meilenstein. Wir sorgen dafür, dass es künftig keine frauenfreien Vorstandsetagen in den betreffenden großen deutschen Unternehmen mehr geben wird. Außerdem handeln wir so im Sinne einer zukunftsfähigen, modernen Gesellschaft und schöpfen die Potentiale unseres Landes besser aus.

Leider haben wir über Jahre gesehen: Freiwillig tut sich sehr wenig, und es geht sehr langsam. Dieses Gesetz wird das nun ändern. Qualifizierte Frauen in Führung bereichern das Wirtschafts- und Arbeitsleben, sind Vorbilder. Sie sorgen damit erwiesenermaßen für mehr Erfolg. Die neuen Regelungen schaffen mehr Verbindlichkeit, und der öffentliche Dienst geht mit gutem Beispiel voran.

Fragen: Sebastian Thomas

mit den Menschen in Berlin ins Gespräch kommen, ihnen zuhören, ihre Sorgen und Probleme ernst nehmen und unsere Politik danach ausrichten, bin ich felsenfest davon überzeugt, dass wir einen erfolgreichen Wahlkampf führen werden.

Devise ist das Stichwort. In einem Interview mit der BERLINER STIMME zum Thema Bildung sagtest du einmal: Jedes Kind soll es

packen. Nun haben wir eine Pandemie, befinden uns im Lockdown und bis vor kurzem haben Eltern ihre Kinder noch zuhause betreut und unterrichtet. Ende Februar hat Berlin wieder seine Kitas und Schulen geöffnet. Ein wichtiger Schritt?

Diese Entscheidung haben sich die Vertreterinnen und Vertreter von Bund und Ländern nicht leicht gemacht. Noch vor dem Treffen Anfang Februar habe ich mich für

Öffnungsperspektiven und -schritte ausgesprochen. Zwei Dinge müssen wir dabei immer im Blick haben: das Wohl der Kinder und den Schutz der Gesundheit – für Kinder, Eltern und das Personal. Und eine andere Sache ebenso: Für die Wirtschaft ist entscheidend, dass Mütter und Väter wieder arbeiten und Beruf sowie Familie vereinbaren können – denn eines ist sicher: Kinderbetreuung ist systemrelevant.

Die fünf großen B's der Berliner Sozialdemokratie

Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit sind die zentralen Themen

BAUEN

Menschen ziehen begeistert nach Berlin und wir heißen sie willkommen. Um denen, die schon hier leben, und denen, die neu hinzukommen, bezahlbares Wohnen zu ermöglichen, muss eine attraktive Stadt Wohnungen bauen.

In unserem Wahlprogramm 2021 setzen wir uns daher klare Ziele: Wir wollen 200.000 neue Wohnungen bis 2030 bauen. Wir fördern eine soziale, nachhaltige und sichere Verkehrswende durch den Ausbau der E-Mobilität, des ÖPNV und der Sanierung von Rad- und Fußwegen. Und wir werden Mieterinnen und Mieter schützen, Gewerberäume sichern und den Verkehr stadtvorgängig regulieren.

Wir begrüßen es, dass der Berliner Senat die Kosten-Nutzen-Analyse für die Verlängerung der U7 beschlossen hat. „Berlin braucht ein leistungsfähiges, hochwertiges und schnelles Verkehrsnetz, damit die Berlinerinnen und Berliner rund um die Uhr zuverlässig an ihr Ziel kommen“, sagt SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin Franziska Giffey. Die Verlängerung der U7 bis zur Heerstraße in die eine und bis zum BER in die andere Richtung gehöre deshalb schon lange zu den Forderungen der Berliner SPD. „Ein Hauptstadtflughafen braucht auch eine Hauptstadtanbindung – das ist meine Botschaft seit 2015, als ich Neuköllner Bezirksbürgermeisterin wurde.“ Jeder Ausbau des Liniennetzes in die Außenbezirke hinein sei ein wichtiger Beitrag,

damit Berlin nicht nur in die Dichte und Höhe, sondern auch in die Breite wachsen kann. „Das ist entscheidend für eine gute Zukunft in der Metropolregion Berlin-Brandenburg. So kann auch die klimafreundliche Stadt gelingen“, sagt sie abschließend.

BILDUNG

Bildung ermöglicht Zukunftsperspektiven. Wir richten daher unsere Bildungspolitik auf das zentrale Ziel der Chancengerechtigkeit aus.

Den Weg zu gerechten und fair verteilten Bildungschancen für alle wollen wir weitergehen: Mit Strukturen, die soziale Ungleichheit verhindern und Wert auf gemeinsames Lernen legen. Durch einen Ausbau der Kitaplätze, Digitalisierung in Schulen, Kitas und Hochschulen, bessere Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen und Lehrer*innen und einer Förderung der Erwachsenenbildung ermöglichen wir gute Bildung für alle. Gesellschaftlichen Herausforderungen wollen wir mit exzellenter Forschung begegnen und Berlin als herausragenden Wissenschaftsstandort stärken.

BESTE WIRTSCHAFT

Vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie hatte Berlin im Bundesvergleich seit über 15 Jahren das höchste Wirtschaftswachstum. Die von der Dienstleistungs-, Kultur- und Tourismusbranche geprägte Berliner Wirtschaft ist von den Auswirkungen der Pan-



Foto: AdobeStock/Pyrosky

demie besonders hart getroffen. Unser Ziel ist es, dass die Wirtschaft wieder auf Erfolgskurs kommt und zu ihrer alten Stärke zurückfindet.

Gute Arbeit heißt für uns, dass gerechte und existenzsichernde Löhne gezahlt werden. Werkverträge, befristete Arbeitsverträge, Minijobs und Leiharbeit müssen die Ausnahme sein, weswegen wir auf die konsequente Vermeidung dieser Arbeitsmodelle und den Abbau per-

kärer Beschäftigungen hinarbeiten. Denn wir wollen sicherstellen, dass alle an Erwerbsarbeit teilhaben und diese mit den anderen Bereichen ihres Lebens vereinbaren können.

BÜRGERNAHE VERWALTUNG

Eine gute Verwaltung ist die Basis für das Funktionieren einer Großstadt. Der öffentliche Dienst ist der Garant für Stabilität und eine tragende Säule unserer Demokratie.

Wir wollen eine gut ausgestattete, gut organisierte, digitalisierte und gestärkte Stadtverwaltung, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt noch besser für alle in Berlin arbeiten können. Dies wollen wir durch einen noch effizienteren Verwaltungsservice, Digitalisierung und Breitbandausbau sowie durch verantwortungsvolle und verlässliche Finanz- und Haushaltspolitik gewährleisten.

BERLIN IN SICHERHEIT

Wer in Berlin lebt, muss sich sicher fühlen können.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bedeutet Sicherheit nicht nur Schutz vor Kriminalität, sondern auch vor sozialem Abstieg, Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Wir wollen, dass alle Menschen in unserer Stadt sicher leben können. Unsere Pläne umfassen die Themen soziale Sicherheit, Justiz und Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste sowie den Kampf gegen Hass, Gewalt, Terror und Vorurteile. Demokratie wird vor Ort gelebt und wir treten für eine starke Demokratie ein.

Mehr zum Wahlprogramm online: <https://spd.berlin/wahl>



„Nach dem Motto handeln: Jetzt komme ich“

Geben Frauen den Ton anders an? Darüber sprach das Berliner Stadtblatt mit zwei weiblichen Berliner Führungskräften

Sie sind beide Frauen, arbeiten in Berlin – und sind Führungskräfte: Barbara Slowik und Stephanie Otto. Erstere ist seit April 2018 Polizeipräsidentin und leitet die größte Sicherheitsbehörde des Landes Berlin. Stephanie Otto ist Vorstandsvorsitzende der Berliner Stadtreinigung (BSR) – dem größten kommunale Stadtreinigungsunternehmen Deutschlands.

„Um anerkannt zu werden, müssen Männer wie Frauen Leistung zeigen. Ich habe als Frau nie das Gefühl gehabt, dass ich mehr leisten muss als ein Mann“, sagt Stephanie Otto. Anders äußert sich Barbara Slowik: „Als Frau muss man Spitzenleistungen bringen, um gefördert zu werden.“ Ausnahmen gebe es, nämlich da, „wo Frauenanteile bewusst erhöht werden sollen, beziehungsweise dort, wo eine Frau für eine Spitzenposition gesucht wird“.

Einen Unterschied im Führungsstil der Geschlechter zu verallgemeinern, findet die Polizeipräsidentin jedoch eher schwierig. Würde man das hingegen pauschalisieren, denke sie schon, dass Männer Hierarchien, deutlich mehr leben, „während Frauen vielleicht mehr auf den Teamgedanken setzen“. Ein Führungsstil der gegenseitigen Wertschätzung, des Respekts und des Zuhörens, der ihr wichtig ist, sei heute überall gefordert und weit verbreitet. Für Stephanie Otto ist die Frage nach einem Unterschied nicht nur eine Sache des Geschlechts, sondern vor allem der Generation.



Polizeipräsidentin Barbara Slowik (l.) trägt Verantwortung für rund 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Stephanie Otto steht der Berliner Straßenreinigung (BSR) mit 6.000 Beschäftigten vor.



Fotos: Polizei Berlin / BSR

Ein Chef sei früher jemand gewesen, der vermeintlich alles wusste. „Veränderungen passieren heute so schnell, und es gibt unglaublich viele Informationen. Darum braucht es auch eine andere Art der Führung. Eine Führungskraft muss die Menschen in die Entscheidungsfindung miteinbeziehen, muss Strategie, Lenker, Kommunikator sein.“

Angesprochen auf die Frage, was sie Frauen sagen würde, die eine Führungsposition anstreben, antwortet die Chefin der BSR: „Walk the Talk – reden alleine reicht nicht. Unterstützung bekommt nur, wer seine Regeln und Visionen jeden Tag vorlebt. Und Du bist nur so gut wie Dein Team.“ Barbara Slowik rät dazu: „Trauen Sie sich etwas zu –

viele Frauen hinterfragen oft viel zu sehr Ihre Fähigkeiten.“ Sie würden Anforderungsprofile Punkt für Punkt durchgehen und kritisch prüfen, was sie wirklich erfüllen und was nicht. „Männer lesen solche Profile, wenn überhaupt, häufig quer. Wenn sie die formalen Anforderungen erfüllen, bewerben sie sich. Frauen könnten mehr in die

Offensive gehen und nach dem Motto handeln: Jetzt komme ich.“

Sebastian Thomas

Ein Interview mit Barbara Slowik und Stephanie Otto finden Sie hier:

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/frauen-fuehrungskraefte-slowik-otto>

Es macht die Gesellschaft besser

Der Frauentag erinnert die Geschlechter daran, für Gleichstellung zu kämpfen

Was macht den 8. März so besonders? Eine Antwort darauf geben Franziska Giffey, SPD-Landesvorsitzende, und ihre Stellvertreterin Iris Spranger.

Jedes Jahr am 8. März haben wir Frauen Grund zu feiern. Dieses Datum erinnert uns daran, dass Gleichstellung nicht nur ein Wort ist. 2020 brachten wir ressortübergreifend die erste Gleichstellungsstrategie des Bundes auf den Weg. Zum allerersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik starteten wir ein Bundesförderprogramm gegen Gewalt an Frauen. Doch es gibt noch viel zu tun. Bereits vor der Pandemie arbeiteten viele Frauen in systemrelevanten Berufsgruppen. Sie halten den sprichwörtlichen Laden am Laufen – jedoch: Wie Männer bezahlt werden sie nicht, obwohl sie in der Krise die meisten Lasten tragen. Deshalb setzen wir uns für Entgeltgleichheit und die Beseitigung der Lohn- und Rentenlücke zwischen Männern und Frauen ein. Genauso sollten Frauen die gleichen Chancen bekommen – in der Wirtschaft, in der Politik, wo sie Führungspositionen besetzen.

Dasselbe gilt in den Familien: Väter und Mütter sollen sich gemeinsam um den Haushalt kümmern und Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter aufteilen können. Gleichstellung macht unsere Gesellschaft besser. Dabei sind Frauen und Männer gleichermaßen gefordert, denn nur partnerschaftlich lässt sich wirklich etwas bewegen.

Überdies ist der Frauentag in Berlin ein Feiertag. Dafür hat sich



Iris Spranger (l.) und Franziska Giffey am 5. März 2019 auf einer Pressekonferenz zum Internationalen Frauentag. Berlin hat als erstes und bisher einziges Bundesland den Frauentag zum Feiertag gemacht. Foto: Markus Frenzel

die Berliner SPD eingesetzt und darauf sind wir sehr stolz. Als der Frauentag in Berlin Feiertag wurde, war es schön zu wissen, dass man etwas geschaffen hat, das bleibt. Der Kampf für Frauenrechte ist jedoch noch nicht vorbei: Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist aktueller denn je. Längeres und näheres Zusammensein bedeutet für erschreckend viele nicht Langeweile als größte Sorge, wie oftmals behauptet wird, sondern blanke Angst vor den Launen des Partners.

Und wir wollen Parität in den Parlamenten. Wir als SPD sind

überzeugt davon, dass all die Probleme, die eben besonders für Frauen wichtig sind, auf Dauer nur gelöst werden können, wenn diese durch Frauen in den Parlamenten angegangen werden können.

Franziska Giffey
Iris Spranger

Ein Interview mit Iris Spranger zu diesem Thema finden Sie online:

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/interview-frauen-feiertag>

Historie des Frauentags

Historikerin Gisela Notz erzählt von den Hintergründen

Am ersten Internationalen Frauentag am 19. März 1911 gingen unter dem Kampfruf „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ mehr als eine Million Frauen in USA, Deutschland, in der Schweiz, in Dänemark und Österreich auf die Straße und forderten soziale und politische Gleichberechtigung für alle Frauen, so war es bei der II. Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen 1910 in Kopenhagen beschlossen worden.

Seitdem haben wir einiges erreicht. Dennoch bleiben Wünsche offen, auch wenn seit 1949 der Grundsatz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ zu den Grundrechten gehört.

„Genossinnen! Arbeitende Frauen und Mädchen! Der 19. März ist euer Tag. Er gilt eurem Recht. Hinter eurer Forderung steht die Sozialdemokratie, stehen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die sozialistischen Frauen aller Länder fühlen sich mit euch solidarisch. Der 19. März muss euer Ehrentag sein“, so war der Aufruf der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften in der „Gleichheit“ vom 13. März 1911 überschrieben.

Der Internationale Frauentag wurde zum internationalen Tag des Kampfes der Frauen für politische und ökonomische Rechte, für eine humane, emanzipatorische Gesellschaft; gegen Krieg, Ausbeutung und Entrechtung. 1921 sollte einheitlich auf der ganzen Welt der 8. März der Internationale Frauentag werden.

In den folgenden Jahren erlebte die Frauentagsbewegung Fortschritte, Rückschritte, Erfolge und Niederlagen. Je nachdem, wie es die herrschende politische Meinung wollte, wurde der Internationale Frauentag verboten, geduldet oder gar von oben verordnet.

De facto ging es in der Frauenfrage während der 111 Jahre nur langsam voran. Der Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte besteht darin, dass sich Frauen öfter trauen, öffentlich gegen das ungeheure Unrecht der kapitalistisch-patriarchalen Ordnung anzukämpfen.

Der Internationale Frauentag sollte ein Kampftag bleiben. Denn die soziale Ungleichheit nimmt weltweit zu und die Antwort auf die ganze Frauenfrage, mit der die Forderung zum ersten Internationalen Frauentag verbunden werden sollte, steht auch heute noch aus. Ebenso wie das Ziel, das Clara Zetkin 1911 im Vorfeld zum Frauentag formulierte: „Sein Ziel ist Frauenrecht als Menschenrecht, als Recht der Persönlichkeit, losgelöst von jedem sozialen Besitztitel.“ Dieses Ziel sei „erst erreicht, wenn die politische Knebelung des gesamten weiblichen Geschlechts [...] ein Ende nimmt.“

Um darauf hinzuarbeiten, braucht es breite Bündnisse von allen Menschen, die mit den Verhältnissen, so wie sie sind, nicht einverstanden sind. Nach wie vor geht es um den Kampf aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechtes, gegen alle Ausbeutenden, ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechtes.

Gisela Notz

„Was wir brauchen ist ein Kulturwandel“

Gleichstellungssenatorin Dilek Kalayci spricht über Frauen in systemrelevanten Berufen und Führungspositionen

Berliner Stadtblatt: Ob nun als Pflegekraft, medizinische Fachkraft, Erzieherin oder KassiererIn: Frauen schultern in der Corona-Pandemie in systemrelevanten Berufen den größten Anteil der Lasten: Liebe Dilek, glaubst du, dass durch die Krise genannte Berufe aufgewertet werden oder wurden?

Dilek Kalayci: Durch die Corona-Pandemie hat sich erneut die enorme Bedeutung systemrelevanter Berufe gezeigt, die zu einem großen Teil von Frauen geleistet werden. Gerade die SAGHE-Berufe, also Soziale Arbeit, Gesundheit, Hauswirtschaft und Erziehung, gewährleisten eine Fortführung unabdingbarer gesellschaftlicher Abläufe. Um dieser Leistung gerecht zu werden, braucht es nicht nur Applaus, sondern eine Aufwertung dieser Berufe.

Auch vor der Corona-Pandemie hat sich Berlin für eine solche Aufwertung stark gemacht. Die Kampagne „Pakt für Pflege“, die von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung ins Leben gerufen wurde, hat die Aufwertung von Pflegeberufen zum Ziel. Die Unterzeichnenden sind zahlreiche Verantwortliche aus der Pflege- und Gesundheitsbranche, die sich zu konkreten Handlungsschritten zur Verbesserung der Arbeitssituation in der Pflege verpflichten. Konkret in den Bereichen bedarfsgerechter Ausbau der Ausbildung, bessere Vergütung in der Altenpflege und in den Krankenhäusern.



Gleichstellungssenatorin Dilek Kalayci wünscht sich Unternehmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ihrer Sache machen und die passende Lösung dafür selbst entwickeln.

Foto: SenGPG/Nils Bornemann

Zusätzlich dazu strebt Berlin eine deutliche Aufstockung des Pflegepersonals an. Bundesweit wurde die Ausbildungsoffensive in der Pflege gestartet, die die notwendig gewordene Umstrukturierung und die Verdopplung der Ausbildungszahlen aus dem Pakt für Pflege vorantreibt. Zudem hat die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), in

der Berlin ein Mitglied ist, den Sozial- und Erziehungsdienst deutlich aufgewertet: die Einkommen von Erzieherinnen und Erziehern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen wurden ab 2020 grundsätzlich verbessert.

Obwohl damit schon wichtige Schritte getan wurden, müssen weitere Maßnahmen folgen, die die

Aufwertung der systemrelevanten Berufe vorantreibt.

Anfang dieses Jahres beschloss die Bundesregierung eine Frauenquote in Unternehmensvorständen. Wie sieht es im Vergleich mit den Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst des Landes Berlin aus?

In der öffentlichen Verwaltung hat das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) Früchte getragen: In den obersten Landesbehörden zum Beispiel stieg der Frauenanteil in den vergangenen 20 Jahre in den Referatsleitungen von 17 auf 47 Prozent und in den Abteilungsleitungen von 10 auf 44 Prozent. Seit der LGG-Novelle 2010 gilt das LGG auch für die Berliner Landesunternehmen.

In Anstalten des öffentlichen Rechts und Beteiligungsunternehmen konnte Berlin den Frauenanteil der von Berlin zu besetzenden Mitglieder in den Aufsichtsräten auf 53 Prozent steigern, und bei den Vorstands- und Geschäftsleitungspositionen sind inzwischen knapp 39 Prozent erreicht worden. Das ist eine insgesamt sehr erfreuliche Entwicklung. Im Vergleich zu den Zahlen im Bund steht das Land Berlin, besonders bei den Geschäftsführungs- beziehungsweise Vorstandspositionen sehr gut da. Während im Bund nur 15,2 Prozent der Stellen mit Frauen besetzt sind, sind es in Berlin 41,5 Prozent.

Wie können oder sollten Berliner Unternehmen zu einer besseren

Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen?

Die Träger der Kampagne „Gleichstellung gewinnt“, also die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung gemeinsam mit der Handwerkskammer Berlin und der IHK Berlin, stehen auf dem Standpunkt: Wir haben in der Berliner Wirtschaft gut bewährte Lösungsstrategien und immer neue innovative Vorbilder – für kleine Betriebe, für große Unternehmen, ob in der IT-Branche oder in einem klassischen Handwerk. Unbestritten ist, dass manche Unternehmen dafür weniger Gestaltungsspielraum haben als andere. Das kann finanzielle oder zeitliche Gründe haben und an den besonderen Anforderungen der Branche selbst liegen. Was wir brauchen, sind mehr Unternehmen, die die Vereinbarkeit wirklich zu ihrer Sache machen und die passende Lösung für sich selbst entwickeln, sprich: einen Kulturwandel.

Fragen: Sebastian Thomas

Das vollständige Interview online:

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/frauentag-kalayci/>



Das Ideal der Berliner SPD ist eine bezahlbare Stadt

Warum der SPD-Landesvorsitzende Raed Saleh in der Corona-Krise nicht sparen möchte, erzählt er im Stadtblatt-Interview

Berliner Stadtblatt: Das Wahlprogramm der SPD Berlin enthält neben den bekannten fünf B's auch Themen, die vielleicht nicht alle unmittelbar betreffen, jedoch trotzdem enorm wichtig sind: Welche sind das, und warum?

Raed Saleh: Es ist ganz wichtig, dass wir eine gute Balance zwischen Außen- und Innenstadtbereichen hinbekommen. Das ist für mich, genauso wie die Frage der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes, eine Querschnittsaufgabe. In allen Bereichen müssen wir also auch die Außenbezirke oder die Nachhaltigkeit mitdenken. Beispielweise bei den fünf B's, die du gerade erwähnt hast. Hier ist für mich sehr wichtig, dass wir gerade auch in den Außenbezirken ein gutes Stück weiterkommen: also bessere Bildung, mehr Bauen, noch bessere Wirtschaft, mehr Sicherheit und vor allem auch Sauberkeit der Kieze, beschleunigte Verfahren in den Ämtern. Ein weiteres Thema, das mir persönlich sehr am Herzen liegt, sind die vielen Tausend Kleingärten in der Stadt. Diese müssen wir schützen und erhalten.

Berlin war vor der Corona-Lage an der Spitze des Wirtschaftswachstums in Deutschland: Du willst dahin nach der Krise zurückkehren – wie?

Wir bekommen eine weiterhin wachsende Wirtschaft nur hin, wenn sich die Wirtschaft bei uns auch wohlfühlt. Dafür arbeitet die SPD seit vielen Jahren. Franziska Giffey und ich haben immer gesagt,

dass wir den roten Teppich für neue Investoren ausrollen werden. Und das ist in der Tat wortwörtlich zu verstehen: Bei uns finden Unternehmenschefs immer ein offenes Ohr. Wir werden alles Mögliche möglich machen, damit neue Arbeitsplätze in Berlin entstehen. Siemens Energy, Tesla oder auch BASF sind da gute Beispiele, wie es zuletzt sehr gut geklappt hat. Wer bei uns Geld investieren will, der bekommt von uns die volle Unterstützung. Es muss nur eines gewährleistet sein: Die Löhne müssen fair und die Arbeitsbedingungen korrekt sein.

„
Ob ich mich
sicher fühle,
fängt im
Kopf an.“



Raed Saleh

Die SPD Berlin denkt soziale und innere Sicherheit zusammen – warum ist das so wichtig?

Nur wenige Menschen können sich ihre Sicherheit selbst leisten. Aber die meisten Menschen sind dafür auf einen starken Staat angewiesen. Ob ich mich sicher fühle, fängt im Kopf an. Deswegen ist



Der SPD-Landesvorsitzende Raed Saleh möchte Unternehmen unterstützen: Voraussetzung dafür sind laut seiner Aussage faire Löhne und korrekte Arbeitsbedingungen

Foto: Privat

die subjektive Sicherheit genauso wichtig. Mehr Streifen in den U-Bahnhöfen, mehr Kontaktbereichsbeamte, mobile Wachen sind dafür die Voraussetzung. Für mich gehört tatsächlich beides zusammen: die Sicherheit der Menschen in ihrem Kiez und die soziale Sicherheit. Genauso wie sich Menschen auf der Straße sicher fühlen müssen, müssen sie Vertrauen in ihre wirtschaftliche und soziale Lage haben. Dazu gehört, dass die Berlinerinnen und Berliner nicht Angst haben müssen, aus ihren Kiezen vertrieben zu werden. Sie dürfen nicht ständig

Arbeitslosigkeit oder immer höhere Lebenskosten fürchten müssen. Deswegen setzen wir uns ja eben auch für eine starke Berliner Wirtschaft ein und haben etwa die Bildung – von der Kita bis zur Uni – komplett gebührenfrei gemacht. Unsere Vision von der bezahlbaren Stadt ist für uns das Leitbild für mehr soziale Sicherheit für alle.

In der Pandemie-Lage betonst du immer wieder: „In der Krise muss investiert und nicht gespart werden!“ Was bedeutet das, vor allem für Berliner Familien?

Wir können es momentan überall beobachten – die Corona-Krise trifft uns alle. Wirtschaftlich sind manche aber besonders hart getroffen. Die Beschäftigten in der Gastronomie, dem Tourismus, die vielen Angestellten im Einzelhandel, Unternehmerinnen und Unternehmer in den verschiedensten Branchen, all die Menschen in der Kultur, die Berlinerinnen und Berliner, die unsere weltweit bewunderten Clubs betreiben und viele mehr. Ihnen allen müssen wir Perspektiven bieten, und wir müssen Vertrauen schaffen. Wir werden alles uns Mögliche tun, um die wirtschaftliche Existenz aller Menschen in unserer Stadt abzusichern. Vor allem müssen wir uns da natürlich um die Familien kümmern. Es darf nicht sein, dass die Viruspanemie die Startchancen für viele Kinder verschlechtert.

Ganz klar, wir wollen und wir werden auch weiterhin für alle Berliner Kinder und alle Bürgerinnen und Bürger kämpfen, damit niemand benachteiligt wird. Es geht um die Zukunft all der wunderbaren Menschen in unserer Stadt.

Fragen: Sebastian Thomas

Das vollständige Interview online:

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/bezahlbare-stadt-saleh/>



Nicht hereinfliegen Schnellschuss vermeiden

Gespräch mit Stefanie Elies (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Die Hälfte der Macht für Frauen muss auf rechtssicheren Füßen stehen

Berliner Stadtblatt: Rechte Akteure und Akteure machen in der Corona-Pandemie gegen ein modernes Familienbild mobil. Das war jedoch schon vorher der Fall. Was ist in der Corona-Krise anders?

Stefanie Elies: Die Corona-Krise ist eine Zeit der Verunsicherung, die sich Rechtspopulist:innen zunutze machen. Es ist auch eine Zeit, in der Verschwörungsmutten Hochkonjunktur haben, wie wir bei den Demos gegen die Corona-Maßnahmen gesehen haben. Rechte Akteure und Akteure nutzen diese Tendenzen, um ihre antifeministischen Ideologien zu verbreiten und neue Allianzen zu schaffen.

Mit Blick auf die Lockdowns sprechen Teile der Wissenschaft in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit von einem „Rollback“ ...

Im Lockdown bleibt die Fürsorge- und Erziehungsarbeit in den Familien vor allem wieder an den Frauen hängen. Zwar zeigt sich, dass Männer inzwischen mehr zu gerechterer Verteilung dieser Aufgaben beitragen, aber die Hauptlast der unbezahlten Sorgearbeit liegt nach wie vor bei den Frauen.

Am Anfang der Pandemie gab es großes Verständnis in der Bevölkerung für das Regierungshandeln. Im Verlauf der Pandemie nahm dies jedoch ab – das zeigte sich insbesondere auf Corona-Demos. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

Bei den derzeitigen komplexen Herausforderungen wächst bei vielen das Bedürfnis, Schuldige auszumachen, und das sind oft „die Politik“ oder „die da oben“. Diese Vereinfachungen erklären auch, warum plötzlich so unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen bei den Corona-Demos nebeneinander auftauchen: So unterschiedlich ihre Beweggründe sind, sie haben ein gemeinsames Ventil für ihren Unmut und teilen das gleiche Feindbild, die Corona-Maßnahmen.

Auf den Demos wurden auch Familien gesichtet – Seit’ an Seit’ mit Rechtsextremist:innen. Warum verfolgen hier Vorstellungen eines rückwärtsgewandten Familienbildes?

Tendenzen zur Retraditionalisierung von Rollenbildern und zum Antifeminismus sind in der Mitte der Gesellschaft durchaus anschlussfähig, wie unsere Studien zeigen. Rechtsextreme und -populisten haben bei den Demos auch eine neue Strategie an den Tag gelegt, indem sie ihre Propaganda und Mobilisierung unter dem Deckmantel des Kindeswohls tarnen. Hier muss man aufpassen, dass besorgte Eltern nicht auf diese Taktiken hereinfliegen.

Fragen: Sebastian Thomas

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/antifeminismus-corona>

Frauen stellen gut die Hälfte der Bevölkerung, dennoch wird Politik mehrheitlich von Männern gemacht. Im Berliner Abgeordnetenhaus ist die Quote der Frauen ständig gesunken – von 39,6 Prozent im Jahr 2006 auf 33,1 Prozent im aktuellen Parlament. Doch viele Entscheidungen haben Auswirkungen auf Frauen. Wir müssen die Aufgabe lösen, wie wir diese Unterrepräsentanz von Frauen im Parlament verringern können.

Ein Instrument für gleichberechtigte Teilhabe im Parlament ist ein Paritätsgesetz. In Frankreich wurde ein solches Gesetz bereits vor über 20 Jahren durch eine Verfassungsänderung eingeführt. Versuche in Brandenburg und Thüringen, ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen, sind im vergangenen Jahr vor den jeweiligen Verfassungsgerichten gescheitert. „Die Vorgabe einer paritätischen Besetzung von Landeslisten verletzt die passive Wahlrechtsgleichheit von Kandidatinnen und Kandidaten“, so die Brandenburger Verfassungsrichter:innen. Damit scheidet nach unserer Auffassung eine Lösung aus, die gesetzliche Vorgaben an die Parteien zur geschlechterquotierten Aufstellung der Kandidat:innen macht.

Das Grundgesetz sagt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Dieser Gleichheitsgrundsatz macht es erforderlich, dass der Gesetzgeber aktiv wird und die vielfältigen strukturellen Benachteiligungen von Frauen verringert und abbaut.



Sven Kohlmeier und Derya Çağlar arbeiten an einem rechtssicheren Paritätsgesetz mit.

Foto: Privat

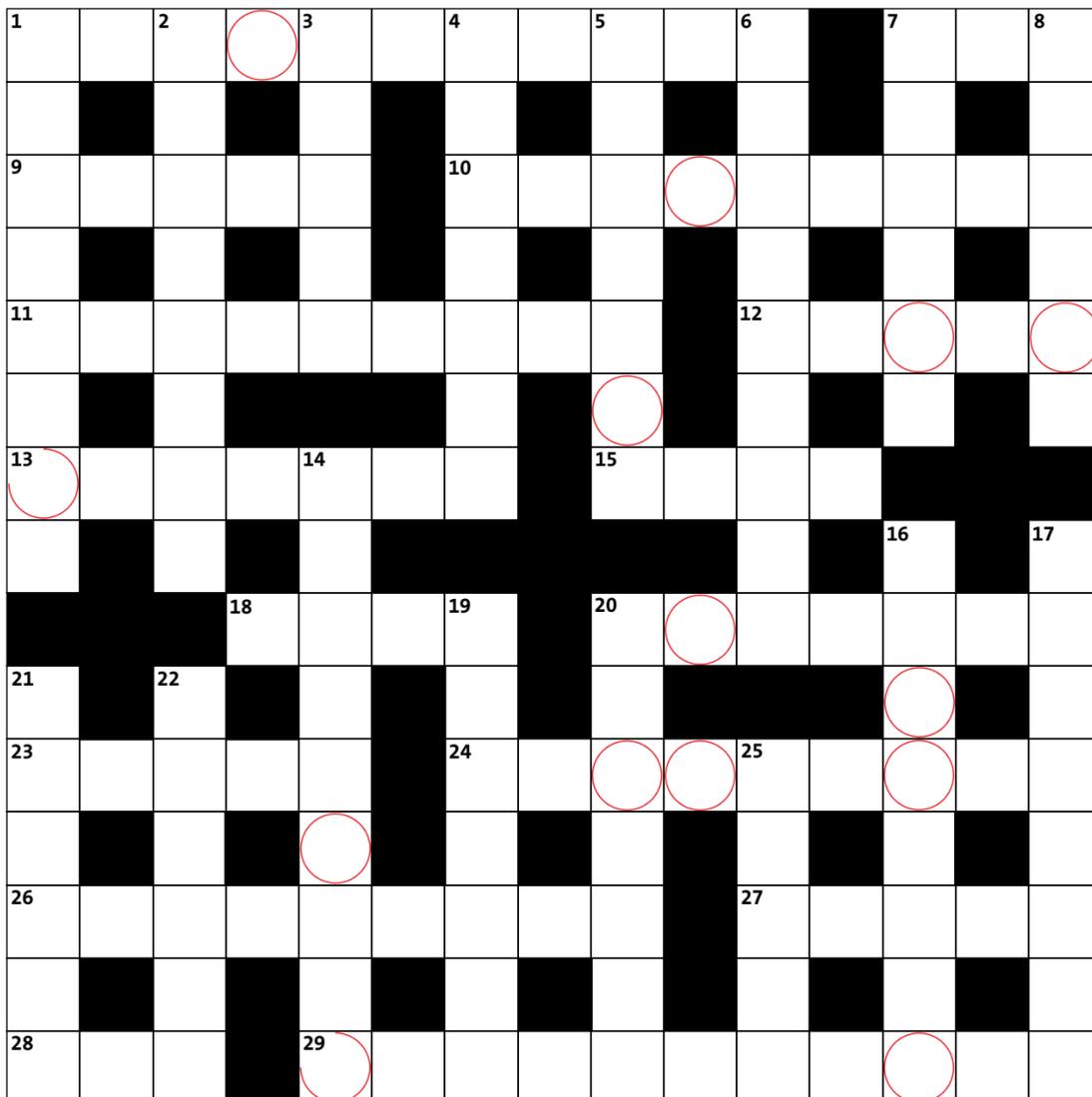
Die Urteile in Brandenburg und Thüringen machen die Herausforderung deutlich, vor der wir stehen. Die beste Lösung wäre eine Verfassungsänderung. Diese ist leider weder auf Bundes- noch auf Landesebene mehrheitsfähig. Deshalb wollen wir auf Landesebene mit einem Landesgesetz tätig werden. Dabei hilft es niemandem, ein Gesetz zu verabschieden, welches sich später als verfassungswidrig heraus-

stellt. Gemeinsam mit Jurist:innen und Fachpolitiker:innen aus Fraktion und Partei beraten wir seit Monaten, um für Berlin eine rechtssichere Lösung zu erreichen. Dabei sind wir auf einem guten Weg und können bald Ergebnisse präsentieren.

Diese werden in der Gesellschaft vielfältig diskutiert werden, und das ist auch gut so. Natürlich ist heute schon absehbar, dass die konservative und rechte Fraktion im Berliner Parlament mehr Beteiligung von Frauen im Parlament ablehnen und gegen ein Berliner Gesetz klagen werden. Deshalb gilt für uns: Besser rechtssicher als ein verfassungswidriger Schnellschuss.

Sven Kohlmeier, MdB
Derya Çağlar, MdB

BERLINER STADTBLATT PREISRÄTSEL



WAAGERECHT

Umlaut = 1 Buchstabe
ß = ss

- 1 Meistens (leider) Frauensache
- 7 Traute
- 9 Koseform von Heinrich
- 10 8. März
- 11 Blechschaden folgt
- 12 Nachbar im Osten
- 13 so sollte es zwischen Männern und Frauen zugehen
- 15 Besch ... ss
- 18 um seine Gleichheit kämpfen Frauen seit Jahrhunderten
- 20 Arbeiter, der mit flüssigem Metall umgeht
- 23 nie zu niedrig, oft zu hoch
- 24 umweltfreundliche Folie aus Cellulose
- 26 radikaler Zweifel, Ablehnung
- 27 sie gehört zu den höchsten Laubbäumen in Europa
- 28 Berliner Kindl
- 29 Schnaps, Zigaretten, Cannabis

- 16 Deutschlands Nachbar im Südosten
- 17 Obst und Gemüse für Salatverächter
- 19 Kopie, Replikat
- 20 schwach, vorsichtig
- 21 entweder in der Schüssel oder vom Zehner
- 22 erste Bundestagspräsidentin
- 25 österreichische Sahne

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben eine politische, wirtschaftliche und soziale Selbstverständlichkeit, um die (leider) noch gestritten werden muss.

Bitte schicken Sie das Lösungswort auf einer Postkarte bis 31.03.2021 per Post an:

SPD Berlin
Berliner Stadtblatt
Müllerstraße 163
13353 Berlin

oder per E-Mail an:
berliner.stadtblatt@spd.de

SENKRECHT

Umlaut = 1 Buchstabe
ß = ss

- 1 Schuppenkriechtier
- 2 Wurmkraut
- 3 heidewüchsiger Frauenname
- 4 kluger Vortrag
- 5 spüren, wittern
- 6 Dachhaut
- 7 Industriegewerkschaft mit 420.000 Frauen
- 8 gute Eigenschaft
- 14 französisches Frühstücksgedäck

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir drei Exemplare des Buchs „Young Rebels“ von Benjamin und Christine Knödler, illustriert von Felicitas Horstschäfer.

Zu diesem Buch finden Sie auf Seite 7 eine Rezension.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

UNTER DER EINSENDUNGEN MIT DEM RICHTIGEN LÖSUNGSWORT VERLOSEN WIR DREI EXEMPLARE DES BUCHS „YOUNG REBELS“ · MEHR ÜBER DAS BUCH AUF SEITE 7

Mit der Buslinie 24 von Haifa nach Nahariya

Das außergewöhnliche Leben der Berliner Jüdin Jael Botsch-Fitterling

Eine gemütliche, 90 Jahre alte, mit Büchern vollgestellte Wohnung in der Künstlerkolonie am Breitenbachplatz. Wir sind in der Berliner Geschäftsstelle der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mit der jüdischen Vorsitzenden verabredet. Jael Botsch-Fitterling ist die wohl prominenteste Vertreterin der wachsenden jüdischen Gemeinschaft in Berlin. Die engagierte Sozialdemokratin hat eine ganz besondere Biografie.

Jael Botsch-Fitterling hat sowohl von Geburt die palästinensische, nach der Staatsgründung die israelische und rückwirkend von Geburt an die deutsche Staatsbürgerschaft. Ihr Vater Walter Schachtel, geboren 1907, war ein richtiger „Berliner Jung“. Er wurde Wirtschaftsjournalist, erlebte die Straßenschlachten mit den Nazis und wusste: Wenn Hitler an die Macht kommt, setzt er um, was er in „Mein Kampf“ den Juden angedroht hatte. Im Mai 1933 wanderte der Junggeselle ins britische Mandatsgebiet Palästina aus. Er wurde Fahrer der Buslinie 24 von Haifa nach Nahariya an der Grenze zum Libanon. Eine junge Frau, die ihr Medizinstudium in Hamburg hatte abbrechen müssen, fuhr oft mit. Sie verliebten sich, heirateten, vier Söhne und eine Tochter kamen zur Welt. Jael wurde 1941 in Jerusalem geboren.

Als Deutschland zehn Jahre nach dem Krieg die Juden zur Rückkehr einlud, packte die Familie Schachtel



Jael-Botsch Fitterling kommt im Jahr 1941 zur Welt. Das kleinere Bild zeigt sie als Kind. Sie sitzt auf dem Fahrersitz der Buslinie 24. Diesen Bus hat ihr Vater damals von Haifa nach Nahariya gesteuert. Fotos: Ulrich Rosenbaum/Privat

die Sachen und ging über Paris nach Frankfurt. Vater Walter hatte in seinem alten Beruf zwar wenig Glück, fand aber Anstellung bei der Stadt Frankfurt. Jael machte ihr Abitur, begann in Frankfurt zu studieren, doch dann zog es sie an die FU Berlin. Sie war in der 68er-Bewegung aktiv, war Mitbegründerin des Republikanischen Clubs, war nach dem Examen vierzig Jahre Lehrerin in Steglitz, zunächst am Fichten-

berg-Gymnasium und zuletzt an der Kopernikus-Gesamtschule Studienleiterin für Biologie, Physik und Chemie an Steglitzer Gymnasien.

Aus ihrer ersten Ehe mit dem Radiologen Hanno Botsch vom Klinikum Steglitz stammen zwei Söhne. Micha ist Kinderarzt in Gropiusstadt, Gideon als Professor an der Uni Potsdam Experte für Antisemitismus und Rechtsextremismus.

In zweiter Ehe ist Jael Botsch mit dem Politikwissenschaftler Dieter Fitterling verheiratet. Beide wurden bekannt mit dem Projekt der Spiegelwand nahe dem Rathaus Steglitz und der einstigen Wolfenstein-Synagoge, die die Namen der von den Nazis ins Gas geschickten Mitbürger:innen auflistet. Es war nicht einfach, das Vorhaben gegen fadenscheinige Argumente der CDU durchzusetzen.

Schon als Studentin hat sich Jael Botsch-Fitterling für die christlich-jüdische Zusammenarbeit engagiert. Und auch in der jüdischen Gemeinde in den Zeiten des legendären Heinz Galinski. Sie war in der Gemeinde für das Bildungswesen zuständig und wesentlich an der Gründung einer jüdischen Grundschule beteiligt.

Wie kommt sie mit der durch russische Einwanderer erheblich angewachsenen jüdischen Gemeinde heute klar? „Ich bin Demokrat“, sagt sie, auch wenn sie am Ende vergebens für die Repräsentantenversammlung wiederkandidiert hatte. Wichtig ist ihr, dass das Judentum in Berlin unter dem Strich liberal ausgerichtet ist.

Und wie steht es um den Antisemitismus heute? Kann man in Berlin als Jude sicher leben? „Manchmal denke ich nach, ob das für meine Enkel noch der richtige Ort ist.“ Als sie noch in Steglitz Schüler unterrichtete, gab es keine Probleme. Sie hat mehrfach Schüler-Reisen nach Israel organisiert, die sehr gefragt waren. Sie sind auch immer nach Nahariya gefahren. „Dann war ich dort eine Deutsche“, sagt sie. „Aber im Herzen bin ich immer Israelin geblieben.“

In diesem Sommer wird Jael Botsch-Fitterling 80 Jahre alt und darf auf ein ganz besonderes Schaffen zurückblicken.

Ulrich Rosenbaum

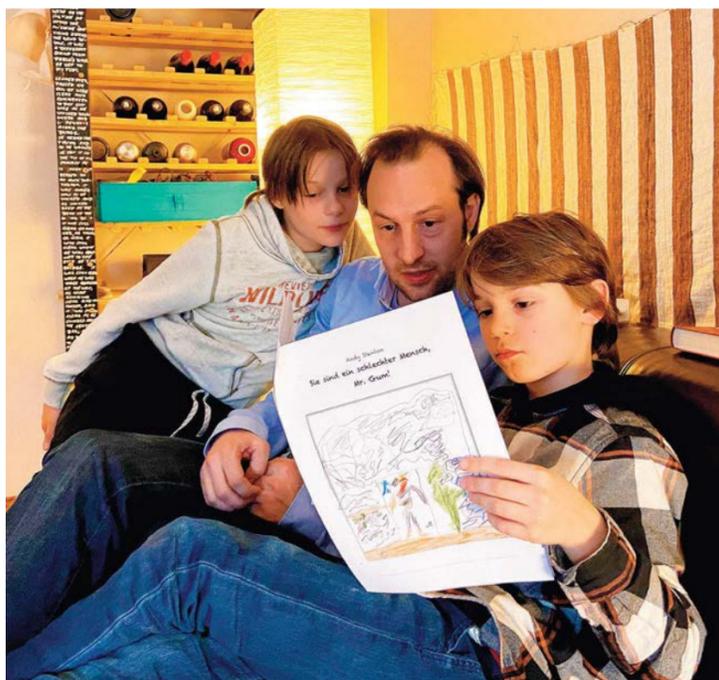
Lehrkraft und Elternteil in einem

Bei Anselm Mattes und Bettina Keller trifft Homeoffice auf Homeschooling

Im Hause Mattes und Keller gibt es an diesem Tag Ratatouille, Reis und Schupfnudeln zum Mittag – vorgekocht. „In der Pandemie haben wir es uns zur Gewohnheit gemacht, einmal die Woche groß einkaufen zu gehen und das Mittagessen für jeden Tag bereits am Wochenende vorzubereiten“, erklärt Anselm Mattes. So wolle die Familie viele Kontakte vermeiden.

Seine beiden Söhne Jakob und Konrad decken derweil den Tisch. Normalerweise wären sie um diese Zeit in der Schule: Jakob in der sechsten, Konrad in der vierten Klasse. Doch durch die Pandemie ist das öffentliche Leben in Berlin nicht zum ersten Mal weitestgehend heruntergefahren, was für Familien bedeutet: Homeoffice und Homeschooling.

Anselm Mattes und seine Freundin Bettina Keller arbeiten beide in Vollzeit – sie als Professorin an der Freien Universität Berlin und er bei einem Beratungsunternehmen. „Vor knapp einem Jahr wurden unsere Jobs quasi über Nacht fast vollständig auf Videokonferenzen umgestellt. Im Prinzip können wir beide gut von zuhause aus arbeiten.“, erklärt der 40-Jährige. Nur Bettina Keller muss für manche Sachen noch zur Universität fahren. Bei der Kinderbetreuung fanden beide auch schnell eine Lösung: „Am Anfang haben wir uns tageweise bei der Schulunterstützung unserer Kinder abgewechselt“, erzählt Anselm Mattes. Die Umstellung auf Homeschooling war jedoch, wie er sagt, mühsam: „Wir bekamen von fünf bis sechs Lehr-



Aushilfslehrer und Elternteil in Personalunion: Vater Anselm Mattes löst zusammen mit seinen beiden Söhnen Schulaufgaben. Foto: Sebastian Thomas

kräften für zwei Kinder Aufgaben zugeschickt – auf unterschiedlichen Kanälen zu verschiedenen Zeitpunkten mit wechselnden Fristen.“ Das habe viel Zeit und Nerven gekostet, auch weil ständig seine Kinder in der Tür standen und nicht weiterwussten. „Es war anstrengend, neben dem eigentlichen Beruf Aushilfslehrer zu sein“, sagt er. Unterstützung erhielten sie zu diesem Zeitpunkt von Bettinas Vater: Er übernahm mehrmals in der Woche den Matheunterricht – per Videokonferenz aus Stuttgart. „Die Heimbeschulung funktioniert seit

dem erneuten Schließen der Schulen Ende 2020 etwas besser als am Anfang“, erzählt Anselm Mattes. „Die meisten Lehrkräfte sind besser organisiert, es gibt klarer strukturierte Wochenpläne, teils regelmäßige Videokonferenzen, festere Rückmeldekanäle und Fristen.“

Mittlerweile bekommen seine Kinder die Schularbeiten auch weitestgehend allein hin. Das Mittagessen ist inzwischen vorbei: Anselm Mattes erwartet die nächste Videokonferenz, seine Kinder lösen währenddessen weiter Schulaufgaben. Sebastian Thomas

Die Welt verändern

Das Buch „Young Rebels“ erzählt von jugendlichem Mut

Ein 15-jähriges Mädchen setzt sich am 20. August 2018 mit einem weißen Schild vor das schwedische Parlament. Darauf steht: „Skolstrejk för klimatet – Schulstreik für das Klima“. Durch die Aktion löst sie eine weltweite Klimabewegung aus.

Fünf Monate zuvor spricht eine 18-jährige US-Amerikanerin auf dem „March for Our Lives“ in Washington D.C.. Ihre Rede dauert sechs Minuten und 20 Sekunden – genau so lange, wie der Amoklauf am 14. Februar 2018 an ihrer Schule. Durch ihren Protest werden später die Waffengesetze in ihrem Heimatbundesstaat Florida verschärft.

Eine elfjährige Pakistanerin bloggt am 3. Januar 2009 zum ersten Mal für die englische BBC über den Alltag unter dem Regime der Taliban. Sie macht sich für die Rechte von Mädchen stark – vor allem für deren Recht auf Bildung. 2012 überlebt sie schwer verletzt ein Attentat der Terrorgruppe, doch: Sie macht weiter. Zwei Jahre später erhält sie den Friedensnobelpreis.

Die Namen: Greta Thunberg, Emma González und Malala Yousafzai. Die drei Mädchen eint eine Eigenschaft: Alle drei sind junge Rebellinnen – „Young Rebels“. Das gleichnamige Buch aus dem Hanser Verlag beleuchtet neben den drei genannten Aktivistinnen den Werdegang 22 weiterer Jugendlicher. Junge Menschen, die die Welt verändern.

Benjamin Knödler, Online-Redakteur bei der Wochenzeitung der Freitag, hat den Band zusammen mit seiner Mutter und Publizistin

Christine Knödler geschrieben. Die Illustration des Buches übernahm die freischaffende Designerin Felicitas Horstschäfer. Die Kombination aus journalistischem Schreiben und eindrucksvollen Abbildungen zahlt sich aus: Die Beiträge zu den einzelnen Aktivistinnen und Aktivisten sind spannend geschrieben, jeder neue Buchabschnitt wartet am Anfang mit einem ganzseitigen Porträt der Aktivistin, des Aktivisten auf, eine Zusammenfassung in jedem einzelnen Kapitel verschafft der Leserin, dem Leser einen Überblick. Kurzum: Es macht das gesamte Werk einfach lebendig.

Die Geschichten an sich erzählen gemäß dem Titel auch von jungem Rebellentum. Dabei wird deutlich, dass die Gründe für das jugendliche Aufbegehren jedes Mal verschieden sind: Mal möchte der junge Mensch, dass endlich mit einer unsäglichen Sache Schluss gemacht wird (Greta Thunberg), andernorts hat der berühmte Tropfen das Fass zum Überlaufen gebracht (Emma González), mal ist eine junge Frau das Opfer der sie umgebenden Lebensumstände, was sie zum Widerstand bringt (Malala Yousafzai). Was alle Jugendlichen hingegen gemeinsam haben, ist Mut. Eines ist nach der Lektüre sicher: Vieles ist von diesen Jugendlichen noch zu erwarten.

Sebastian Thomas

Young Rebels – 25 Jugendliche, die die Welt verändern!
Benjamin Knödler, Christine Knödler, illustriert von Felicitas Horstschäfer. Hanser Verlag 2020. 192 Seiten. 18,00 Euro

IHR KANDIDAT
FÜR DEN
BUNDESTAG

Foto: Privat



Liebe Leserinnen und Leser!

In der heutigen Gesellschaft zählt oftmals nur die Arbeit als Arbeit, mit der Geld verdient wird. Doch es gibt auch Arbeit darüber hinaus wie z. B. die familiäre Kindererziehung. Jedoch wollen Unternehmen Arbeitskräfte, die ständig verfügbar sind.

Besonders Frauen müssen sich noch oft zwischen Familie und Karriere entscheiden. Das ist absurd, denn wir brauchen eine Arbeitswelt, in der diese Frage irrelevant ist. Beginnen können wir damit, dass wir das Elterngeld im ersten Lebensjahr erhöhen. Dass wir ein flächendeckendes, kostenloses Angebot einer Ganztags-Kinderbetreuung auch für Kinder unter drei Jahren schaffen. Dass es vorrangig Gesamt- und Ganztags-schulen gibt, dass kostenlose, tägliche, betreute und organisierte Freizeitangebote selbstverständlich sind. Dass bei Kinderkranktagen 100 % der Bezüge gezahlt werden. Dass es ab dem zweiten Kind für Eltern möglich ist, die Arbeitszeit auf 80 % zu reduzieren und gleichzeitig 90 % des Gehalts zu bekommen. Dass Vollzeit eben keine 40 oder noch mehr Stunden sind.

Dieses und viel mehr sind alles Punkte, für die ich im Bundestag streiten will!

Enrico Bloch
Kandidat für den Bundestag
Marzahn-Hellersdorf

Über meine Internetseite
<https://enrico-bloch.spd.de>
können Sie mit mir
in Kontakt treten.

Erkennen, was wichtig und gut ist

Gordon Lemm zur Situation der Familien

Wer Kinder hat, spürt am deutlichsten, wie viel Freiheit uns die Corona-Krise nimmt und wie viel Last sie uns aufbürdet. Schule, Kita, Sport, Freizeitaktivitäten, Treffen mit Freunden – all das fällt weg. Die Belastung für Familien in finanzieller, zeitlicher aber auch psychologischer Hinsicht sind enorm.

Aus Überforderung, Frust und schwierigen Familienkonstellationen kommt es vermehrt zu Konflikten. Die Anzahl von Inobhutnahmen in unserem Bezirk steigt, ebenso die Anzahl von Kindern und Jugendlichen, die nicht mehr am (digitalen) Unterricht teilnehmen. Es wird Kraft, Energie und Zeit kosten dies umzukehren.

Es wird vielen Kindern und Jugendlichen schwerfallen, sich erneut an einen strukturierten Tagesablauf zu gewöhnen und wieder gern und regelmäßig an die Schule zurückzukehren. Familien, die konfliktbeladen waren, dass die Kinder zu deren Schutz aus den Familien genommen werden müssen, müssen sich großen Herausforderungen stellen. Aber auch die ganz durchschnittlichen Familien sind oft an ihrer Belastungsgrenze oder schon weit darüber hinaus.

Es gibt viele kleine und große Unterstützungen für unsere Familien, wir wissen, diese können die Sorgen und Probleme nur mildern und nicht lösen. Der Bund hat zwei-



Gordon Lemm ist Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Jugend und Familie

Foto: Karen Kittelmann

mal das Kindergeld einmalig um 300 € und 150 € erhöht. Unsere Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) hat sich unter anderem für eine digitale Ausstattung der einkommensschwachen Familien eingesetzt. Allein in Marzahn-Hellersdorf sind es fast 5.000 Tablets, die an unsere Schulen verteilt werden. In Berlin wurden die Kosten für Hort und Kita im vorigen Jahr für bestimmte Zeiträume erlassen. Aktuell planen die Bezirke das kostenlose Mittagessen auch jenen

Kindern zukommen zu lassen, die nicht in der Notbetreuung sind.

Jugendfreizeiteinrichtungen halten nicht nur digital den Kontakt zu ihren Kids, sondern bieten weiterhin Kleingruppenangebote an. Es gibt den gesellschaftlichen Konsens, dass unsere Schulen und Kitas als erstes wieder geöffnet werden müssen. Die Familien stehen im Fokus unserer Politik.

Bund und Länder sind gerade dabei, die Schulen digital neu aufzustellen, das Lernangebot wird

zukünftig flexibler werden. Ein Zurück wird es hier nicht geben.

Die Corona-Pandemie führt vor Augen, welchen Wert Kitas, Schulen, Sportvereine und Familienberatungen haben. Wir sehen, welche Berufe und Branchen wirklich wichtig für uns als Gesellschaft sind. Und wir sehen, wer sich für die Bedarfe von Familien und wer sich für Unternehmen und Großkonzerne einsetzt. Lernen wir aus dieser Krise für die Zukunft.

Gordon Lemm

Die iPads sind da!

Der langersehnte Beginn der digitalen Lehre

An den letzten Tag vor den Winterferien war es so weit: Die ersten Kollegiat*innen durften an diesem Morgen die brandneuen iPads, die vom Senat Berlin für das schulisch angeleitete Lernen zu Hause zur Verfügung gestellt wurden, in Empfang nehmen.

Dank des hausinternen WLANs konnte unsere Medienpädagogin die Einrichtung der iPads gemeinsam mit den Kollegiat*innen durchführen. Die ersten Schritte waren schnell erklärt und die iPads nach kurzer Zeit einsatzfähig für den digitalen Unterricht. Damit kann nun einigen weiteren Kollegiat*innen ermöglicht werden, adäquat am



Marion Hoffmann, Direktorin des VKK, freut sich über die neuen Tablets

Foto: Privat

Onlineunterricht und vor allem an Videokonferenzen teilzunehmen, da die Endgeräte über die neueste Technologie verfügen und zudem von überall aus einsetzbar sind. Dies ist gerade für die vielen Kollegiatinnen, die selbst bereits Kinder haben, eine große Erleichterung. Trotz dieser Doppelbelastung erreichen diese am Victor-Klemperer-Kolleg hervorragende Ergebnisse.

Die Geräte bleiben im Eigentum des Landes Berlin, können aber durch die Lernenden bis zum Ende des Schuljahres ausgeliehen werden. So können sie die Geräte auch während des Präsenzunterrichts nutzen, um Aufsätze zu schreiben

oder vorinstallierte Apps zum Lernen einzusetzen.

Das VKK möchte sich im Namen aller für den Einsatz der Abgeordneten und Vorsitzenden des VKK-Fördervereins Iris Spranger bedanken, die es erst ermöglicht hat, dass auch Lernende mit Berlin-Pass an den Kollegs mobile Endgeräte zum Ausleihen zur Verfügung gestellt bekommen.

Das Kolleg hofft nun auf weitere Unterstützung, damit auf die Dauer alle Lernenden, die sich kein eigenes Endgerät leisten können, ein solches leihweise erhalten.

Marion Hoffmann

Gleiche Chancen

Frauenförderung auch im Medien- und Kulturbereich

Wer glaubt, dass geschlechterspezifische Chancenungleichheit ausschließlich in der freien Wirtschaft existiert, dem führt die Studie „Frauen in Kultur und Medien“ des Deutschen Kulturrates eine andere Realität vor Augen.

Gerade im medialen Bereich sind Frauen in der Führungsebene deutlich unterrepräsentiert. So sind beide Geschlechter in der Gesamtbelegschaft der ARD-Anstalten zwar annähernd zu 50 % vertreten, doch sind nur 32 % des Führungspersonals weiblich. Die verantwortlichen Intendanten sind zumeist männlich. Somit behalten Männer auch die Deutungshoheit darüber, wie das

gesellschaftliche Bild der Frau dargestellt wird.

Außerdem bestehen im gesamten Kulturbereich enorme Einkommensunterschiede. Während Frauen in Literatur und Schauspiel 24 % bzw. 28 % weniger verdienen, sind es im Bereich der bildenden Kunst bis zu 60 %.

Um das zu ändern fordert die SPD die stärkere Förderung von Quoteninitiativen, die paritätische Besetzung von Jurys und Auswahlkommissionen, die Kopplung von Fördermitteln an geschlechtergerechte Kriterien sowie die Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Christian Linke

Kein Hass im Netz

Interview mit dem Juristen und Medieninformatiker Jan Lehmann, AGH-Kandidat

Wie kann man dem Hass im Netz Einhalt gebieten?

Hass im Netz muss bekämpft werden. Was in der analogen Welt strafbar ist, muss auch in der digitalen Welt verboten sein. Ich bin überzeugt: Beleidigungen, Anfeindungen und Drohungen dürfen nirgendwo toleriert werden, denn dabei handelt es sich um Hate Speech (Hassrede). Neben Migrant*innen, Muslim*innen und vielen anderen sind Frauen besonders häufig betroffen. Hier müssen klare Regeln diesen Einhalt gebieten.

Welche Regeln gibt es bisher?

Zu einem Gesetzesentwurf kam es erst 2020 – als Reaktion auf die

furchtbaren Taten von Kassel, Halle und Hanau. Ziel der Überlegungen war eine beim BKA angesiedelte Zentralstelle, an die Facebook, Twitter und Co. entsprechende Delikte melden sollten. Wichtig: Auch Bedrohungen und Beleidigungen gegen Frauen sollten dazu gehören. Dieser Vorschlag wurde bislang seitens der Bundesregierung noch nicht in Bezug auf Datenschutz rechtssicher formuliert. Auch die EU plant eine einheitliche europäische Rechtsgrundlage. Es dauert aber leider alles viel zu lange.

Wie sollte man sich online verhalten?

Bei allen juristischen Überlegungen ist mir eines wichtig: Für ein res-

pektvolles Miteinander in der digitalen Welt muss jede und jeder beitragen! Wir sollten uns im Netz so benehmen, wie in der realen Welt. Die sozialen Medien dürfen nicht die asozialen Medien werden. Von Personen, die stalken, verleumden und andere ehrabschneidend beschimpfen, müssen wir uns aktiv distanzieren – im Netz und in der realen Welt.

Bis zur Verabschiedung der angesprochenen Gesetze und darüber hinaus gibt es bereits Unterstützung bei Gewalt im Netz, z. B. bei Hate Aid – <https://hateaid.org/>.

Auch die SPD Marzahn-Hellersdorf und ich selbst stehen als Ansprechpartner zur Verfügung.